

Diskussionspapier

Visionen, aktuelle Probleme sowie konkrete Alternativen und Forderungen im Bereich der Hochschulbildung

Inhalt

<i>Vorwort</i>	2
<i>Einleitung</i>	3
1 Visionen	4
1.1 Der Bildungsbegriff, der Demokratiebegriff und eine kurze Heranführung	4
1.2 Visionen für die „Demokratische Hochschule“	4
1.3 Visionen Lehr- und Lernbedingungen	6
1.3.1 <i>Studienstruktur</i>	6
1.3.2 <i>Inhalte</i>	6
1.3.3 <i>Personal und Räume</i>	7
1.4 Visionen soziale Öffnung	8
2 Probleme	8
2.1 Probleme - Demokratie an Hochschulen.....	8
2.2 Probleme - Lehr- und Lernbedingungen	9
2.2.1 <i>Studienstruktur</i>	9
2.2.2 <i>Inhalte</i>	10
2.2.3 <i>Personal und Räume</i>	11
2.3 Probleme - soziale Öffnung	11
3 Alternativen und Forderungen.....	13
3.1 Alternativen und Forderungen „Demokratische Hochschule“	13
3.2 Alternativen und Forderungen Lehr- und Lernformen	14
3.2.1 <i>Studienstruktur</i>	14
3.2.2 <i>Inhalte</i>	17
3.2.3 <i>Personal und Raum</i>	18
3.3 Alternativen und Forderungen soziale Öffnung.....	19
<i>Schlusswort</i>	20
Konzeptideen Demokratische Schule.....	21
Aufbau Schulstruktur.....	21
Unterricht (-sstruktur).....	22
“Bewertungssystem“ und Umgang, Entwicklung.....	23
SchülerInnen.....	23
LehrerInnen	23
Eltern	24

Vorwort

Im Bildungsstreik wurde die Notwendigkeit einer vertiefenden inhaltlichen Diskussion zum Bildungssystem erkannt und die Möglichkeit dazu genutzt. Da inhaltliche Diskussionen auf großen Vernetzungstreffen leider oft zu kurz kamen, trafen sich im Januar 2010 einige Aktive in Heidelberg, die das Bedürfnis hatten, sich grundsätzlich mit dem Thema der Hochschulbildung auseinander zu setzen. Im Folgenden wird versucht, die damals grob strukturierten und fixierten Inhalte übersichtlich darzustellen. Die originalen Mitschriften sind im Internet unter http://unserebildung.de/wiki/Inhaltspapier_2010#Probleme_Demokratie_an_Hochschulen zu finden.

Die Intention der damaligen Arbeitsgruppe war es, eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, die eine fundierte inhaltliche Debatte anstößt und unterstützt. Insgesamt ist es das Ziel des Textes, ein alternatives Bildungskonzept auf Hochschulebene zu entwickeln, welches einer sich entwickelnden, demokratischen Gesellschaft gerecht wird. Dabei ging die Arbeitsgruppe von folgenden grundlegenden Gedanken aus:

„Wir wollen versuchen, die Logik des jetzigen Bildungssystems aufzuzeigen, die sich oftmals auf die wirtschaftliche Nutzbarmachung menschlicher Ressourcen beschränkt. Diese Verwertungslogik, die in allen Bereichen des Lebens durch eine zunehmende Inwertsetzung bzw. Kapitalisierung spürbar ist, wollen wir am Beispiel der Hochschulen sichtbar machen und Alternativen aufzeigen.“

„Bildung soll es den Menschen ermöglichen, eine demokratische, herrschaftskritische, wissenschaftliche und soziale Urteilsfähigkeit auszubilden. Wir streben ein Bildungssystem an, welches diesem Ideal gerecht wird. Dies ist die Voraussetzung, um ein verantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen. Denn nur emanzipierte und autonome Menschen mit sozialem Bewusstsein können den notwendigen Druck für gesellschaftliche Veränderungen erzeugen.“

Mitgearbeitet haben unter anderem: Michael (HD), Kirsten (HD), Mel (HD) Friedemann (HD), Katharina (HD), Eduard (HD), Julia (B), Peter (B), Oskar (B), Jakob (FR), Jannis (BI), Jörg (MS), Michael (MS), Yannick (HD), Nico (HD), Philipp (HD).

Einleitung

Dieses Papier ist in keinerlei Hinsicht als komplett anzusehen, es spiegelt lediglich einige Ideen zur Hochschule wieder und soll als Diskussionsgrundlage betrachtet werden.

Im Idealfall soll das Papier von möglichst vielen Bildungstreikbündnissen getragen werden und muss unbedingt auf das gesamte Bildungssystem ausgeweitet werden, wozu Schulen, Kindertagesstätten, Kindergärten, das duale Ausbildungssystem und berufliche Weiterbildung gehören. Das Papier soll kein Selbstverständnis formulieren, sondern letztlich zwei Funktionen erfüllen:

- Wirkung nach Innen: Im Bildungstreik wurde bisher vielerorts Kritik an den vorherrschenden Zuständen genannt. Diese Kritik soll auf einer allgemeinen Ebene beschrieben werden. Darüber hinaus soll dieses Papier Visionen formulieren, um eine Antwort auf die Frage „Wofür streiken wir?“ zu artikulieren.
- Wirkung nach Außen: Im konkreten Teil des Papiers sollen Alternativen entwickelt werden, die tatsächlich umgesetzt werden können. Damit richtet sich das Papier an die gesamte Gesellschaft, doch insbesondere an die BildungspolitikerInnen und die die Hochschulen gestaltenden Kräfte. Denn eines der Ziele des Bildungstreiks war es immer, neben der Formulierung fundamentaler Kritik auch konkrete Veränderungen durchzusetzen.

Im Idealfall kann das Papier beide Aspekte im Zusammenhang vermitteln. Dadurch können weitere Menschen motiviert werden, sich an Bildungsprotesten und in ihrer Organisation zu beteiligen.

Das Papier ist in drei Bereiche geteilt: Im ersten Teil soll eine Vision entwickelt werden, wie Hochschulbildung aussehen und welche Rolle sie in der Gesellschaft spielen sollte. Im zweiten Teil sollen aktuelle Sachverhalte und Entwicklungen aufgezeigt werden, die diesem Ideal entgegenwirken. Im dritten Teil sollen Forderungen und Alternativen konkret benannt werden, die aktuell umgesetzt werden sollen. Dabei beziehen sich alle Kapitel jeweils auf die drei Aspekte „Demokratische Hochschule“, „Lehr- und Lernbedingungen“ und „soziale Öffnung“. Eine Grundlage des Papiers stellen die bundesweiten Forderungen sowie der Aufruf des Bildungstreiks 2009 dar (Demokratisierung, Lehr- und Lernbedingungen, Soziale Öffnung). Ziel ist es, die thematischen Blöcke zu vereinen und die Zusammenhänge herauszuarbeiten.

1 Visionen

1.1 Der Bildungsbegriff, der Demokratiebegriff und eine kurze Heranführung

Demokratie wird als Gesellschaftsform oder Gruppenform verstanden, in der niemand, zu keiner Zeit ohnmächtig ist. Alle sollen sich einbringen und ihre Meinung frei äußern können. Dieser Demokratiebegriff bedingt ein Entscheidungssystem, dem die bisher an Hochschulen und im Bildungssystem praktizierten Mehrheitsentscheidungen widersprechen. Es muss vielmehr ein konsensual geprägtes System entwickelt, geübt und praktiziert werden, welches an die jeweilige Nutzungsform und Gruppe angepasst ist.

Bildung wird in diesem Text als Prozess verstanden, in dem Menschen Selbstreflexion, Meinungsbildung, Urteilsfähigkeit, Methoden, Inhalte und soziale Kompetenzen erlernen. Dies ist die Grundlage ein selbstbestimmtes Leben zu führen und vielfältige Fähigkeiten zu erlangen, um sich in einer demokratischen Solidargemeinschaft einzubringen.

Dieser Bildungsbegriff wird im Folgenden als Demokratische Bildung bezeichnet, denn nur dadurch entwickeln sich Individuen zu aufgeklärten Akteuren und Akteurinnen der Gesellschaft. Diese Citoyenne und dieser Citoyen sind in der Lage, sich selbst und ihr soziales Umfeld in den komplexer werdenden Gesellschaftszusammenhängen zu reflektieren und zugleich den Blick für die Solidargemeinschaft zu bewahren. Sie sollen befähigt werden an der Solidargemeinschaft teilzuhaben und sich dort einzubringen. Durch eine demokratische beziehungsweise emanzipatorische Bildung sind Menschen in die Lage versetzt, eine demokratische, herrschaftskritische, wissenschaftliche und soziale Urteilsfähigkeit auszubilden und zu schärfen. Mit diesem Wissen und Können ist es den Menschen möglich, gesellschaftliche Veränderungen einzufordern und umzusetzen.

Eine zentrale Voraussetzung für die genannte Demokratische Bildung beziehungsweise demokratische Bildungsprozesse ist die intrinsische Motivation. Deren Berücksichtigung muss in allen Überlegungen stattfinden und sie muss als die Basis für Bildung verstanden werden.

1.2 Visionen für die „Demokratische Hochschule“

"No education without democracy" - Die „Demokratische Hochschule“

Gesellschaft und Bildungswesen sind zwei sich gegenseitig bedingende Systeme. Sowohl das Bildungssystem selbst, als auch eine demokratische Gesellschaft, brauchen ein *demokratisch* organisiertes Bildungssystem und können sich nur durch ein solches weiterentwickeln. Hierfür ist die „Demokratische Hochschule“ ein zentraler Baustein. Das Ideal der demokratischen Hochschule speist sich aus der Forderung nach sozialem Fortschritt und der Idee von der Freiheit der Wissenschaft. Die „Demokratische Hochschule“ steht im Dienst der Gesellschaft und trägt zur Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse bei. Dies

geschieht unter anderem durch die Ausbildung selbstbestimmter Persönlichkeiten sowie durch theoretische und praktische Impulse.

Deswegen soll sie von der Gesellschaft und nicht von privaten Trägern, finanziert werden. Erst das bietet die materielle Grundlage für eine unabhängige Wissenschaft und Bildungsvermittlung.

In der demokratischen Hochschule ist niemand ohnmächtig, also ohne Einfluss oder ohne Macht. Allen ist es möglich, ihren Teil beizutragen, Veränderungen anzustoßen und die Gemeinschaft zu gestalten, damit unterschiedliche Interessen berücksichtigt und zusammengeführt werden können. Durch die Beteiligung eines jeden entwickelt sich der Lebensraum Hochschule und ein nach Freiheit strebendes Selbst-Bewusstsein. In der demokratischen Hochschule ist das eigene Handeln spürbar und spiegelt sich in der Gesamtentwicklung der Individuen sowie der Institution wieder. So bietet die „Demokratische Hochschule“ den Lernenden und Lehrenden eine Identifikationsmöglichkeit und fördert deren Motivation und Kreativität. Der Gedanke des sozialen Zusammenhalts ist die treibende Kraft der demokratischen Hochschule. In der demokratischen Hochschule steigert das aus der Mitbestimmung resultierende Selbstverständnis des Einzelnen den Wunsch nach einer selbstbestimmten Gesellschaft als Ganzes.

In einer demokratischen Hochschule werden Entscheidungen von den Betroffenen selbst gefällt. Nichts darf direkt Betroffene an der Mitbestimmung hindern. Deshalb sind alle Hochschulgremien mit allen betroffenen Statusgruppen paritätisch besetzt, die Gruppenmitglieder haben zudem das gleiche Wahlstimmengewicht. Erst, wenn ein Problem nicht von der kleinstmöglichen Einheit gelöst werden kann, ist die nächst größere zuständig. Es gilt also das Prinzip der Subsidiarität.

Da Demokratie ohne informationelle Gleichheit und Transparenz nicht existieren kann, ist es die Aufgabe der Verwaltung und der Gremien, ihre Arbeitsprozesse offen darzulegen und Informationen zugänglich zu machen.

Mitbestimmung und Mitgestaltung sind nicht nur auf struktureller Ebene elementar, denn Studierende sollen auch die Inhalte ihres Studiums selbst gestalten können. Sie wählen selbst ihre Lernziele und definieren die angewendeten Methoden. Die Studierenden sind frei in der Auswahl an Studieninhalten, Lern- und Prüfungsformen. Dabei unterstützen sie sich gegenseitig in einem offenen, selbstverwalteten Lern- und Lebensumfeld, das den Bedürfnissen kollegialer Teamarbeit gerecht wird. Die „Demokratische Hochschule“ unterstützt die Studierenden beim Erreichen ihrer Lernziele und betreut diese individuell.

Es gibt keine routinierten Massenveranstaltungen, keine geistlosen Pflichtseminare, keine soziale Beziehungslosigkeit zwischen Lehrenden und Lernenden und keine Diskriminierung. Die Studierenden haben die Möglichkeit, das theoretisch und praktisch Gelernte in praktischen Kontexten forschend-lernend zu erproben und zu üben. Fachwissen und allgemeine kritische Urteilsfähigkeit werden verknüpft und Studierende sollen ihren Fachbereich in einen Gesamtkontext einordnen können. Die „Demokratische Hochschule“ ist der Schlüssel zu einer modernen Wissenschaft.

Die „Demokratische Hochschule“ wehrt sich gegen jede Form der Fremdbestimmung von Erkenntnis- und Wissenschaftsprozessen, seien sie nun religiöser, politischer oder wirtschaftlicher Natur. Sie ist unabhängig von Staat, Wirtschaft und Religion und soll alle Beteiligten in ihrer jeweiligen Entwicklung unterstützen und gesellschaftlich relevantes Wissen weiter entwickeln und verbreiten.

Eine „Demokratische Hochschule“ ist ohne eine demokratische Schule unmöglich, da dort Grundsteine für eine selbstbestimmte Identität gelegt werden.

1.3 Visionen Lehr- und Lernbedingungen

Im Folgenden werden die Visionen in die drei Unterpunkte Studienstruktur, Inhalte sowie Personal und Räume gegliedert.

1.3.1 Studienstruktur

Die erste grundlegende Veränderung bezieht sich auf das Bachelor- / Master-System. Der Masterabschluss ist der Regelabschluss und muss allen Bachelorabsolventen ermöglicht werden. Für den Master sollen vier Semester angestrebt werden. Der Bachelor muss acht Semester umfassen, um als berufsqualifizierender Abschluss zu gelten. Er soll als Zwischenstation und Option, das Studium mit einem Abschluss früher beenden zu können, bestehen bleiben.

Das Studium soll neben fachlichen Inhalten auch kritisches Denken sowie fächerübergreifende Kompetenzen und Inhalte vermitteln. Es soll sowohl Raum für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für Ideen, deren Umsetzung sowie soziales und kreatives Engagement bieten.

Die Änderung der Prüfungsmodalitäten ist ein elementarer Baustein für ein Studium, dessen Ziel und Inhalt die selbstbestimmte Entwicklung anhand eigener Interessen ist. Es ist nicht sinnvoll, zahlreiche benotete Prüfungen ab Beginn des Studiums durchzuführen, da beispielsweise die Leistungen am Ende des Studiums relevanter sind als jene zu Beginn. Prüfungen müssen individueller werden und ein vielfältiges Spektrum an Prüfungsformen bieten. Es muss aufgrund der Unmöglichkeit die Mehrzahl von Erfahrungen zu bewerten darüber hinaus eine neue Anerkennungsstruktur etabliert werden. Es ist zudem notwendig, dass im Studium eine größere Wahlfreiheit bei Inhalten und beim Erstellen der Stundenpläne besteht. Die Anwesenheitspflicht bewirkt in den meisten Fällen eher Reaktanz und eine falsche Mentalität, als dass sie ihren Zweck erfüllt, weshalb sie grundsätzlich zu hinterfragen ist.

1.3.2 Inhalte

Studierenden sollen Einblicke über Fachgrenzen hinaus ermöglicht werden. In ihrem Fach müssen Studierende die gesamte thematische Breite ihres Faches kennen lernen. Das gilt insbesondere dann, wenn konkurrierende wissenschaftliche Schulen existieren. Ein Studium darf nicht manipulierend wirken, sondern sollte wissenschaftliche Ansätze darstellen und reflektieren. WissenschaftlerInnen müssen verschiedene Forschungsansätze verfolgen

dürfen. Forschung soll zur Problemlösung beitragen, Verständnis schaffen und der Gesellschaft dienen. Breite Lehre und kritische Wissenschaften sind eine Grundvoraussetzung für die „Demokratische Hochschule“.

Diesem Anspruch wird durch eine einseitige Berufungspolitik oft zuwider gehandelt. Durch zunehmende Einflussnahme von Rektoraten und Hochschulräten, die die Finanzierung ihrer Hochschule durch Drittmittel und Sonderforschungsbereiche (z.B. „Exzellenzinitiative“) ausbauen wollen, findet vielerorts eine wissenschaftliche Verengung statt, die sich auch auf die Lehre auswirkt.

Lehr- und Lernbedingungen und Lehr- und Lernformen sollten immer der Art der Veranstaltung und deren jeweiligen Inhalten angepasst werden und dem langfristigen Lernerfolg untergeordnet sein. Statt passiver Wissensrezeption sollen Studierende vermehrt selbst aktiv werden, um sich Inhalte zu erschließen. So sollen orientierendes, übergreifendes Denken und ein langfristiger Lernerfolg etabliert werden. Im Zentrum steht das Lernen durch (selbst-) Erfahrung an in der Praxis durchgeführten Projektarbeiten. Durch Projekt- und Gruppenarbeiten werden soziale Kompetenzen ausgebildet. Diese Fähigkeiten sind in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens förderlich.

1.3.3 Personal und Räume

Studien- und Hochschulstruktur und Lehr-Lernformen sind derart einzurichten, dass sie Studierenden eine selbstbestimmte Entwicklung ihrer intradisziplinären, interdisziplinären, demokratischen, physischen und sozialen Fertigkeiten und Fähigkeiten ermöglicht. Dafür sind Personal und Räume in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Es muss allen Angehörigen an der Hochschule Raum gegeben werden. Den Studierenden soll dies die Möglichkeit geben, ihr Lernen und Forschen selbst zu organisieren, selbst Veranstaltungen durchzuführen und einen Ort für Diskussionen, studentische Gruppen und Aktivitäten zu haben. Dies ist jedoch nur möglich, wenn wissenschaftliches Personal nicht mehr in bestehende Hierarchien (Lehrstühle), sondern in Forschungsgruppen mit fester Perspektive angestellt wird. Darüber hinaus sollte die Hochschule nicht nur funktionaler Lehr-, Lern- und Forschungsraum sein, sondern immer auch Lebensraum, der die Gemeinschaft fördert und der durch die Gemeinschaft entwickelt und gestaltet wird.

Wenn Studierende eigenständig arbeiten sollen, ist dazu eine besonders intensive Betreuung notwendig. Um Studierende wenigstens in Ansätzen individuell betreuen zu können und um die Forschung zu stärken, ist eine deutliche Aufstockung des Personals nötig. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse sind, ebenso wie die Abhängigkeit der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen von ProfessorInnen, zu beenden.

1.4 Visionen soziale Öffnung

Die Hochschule muss allen Menschen, die ein Studium aufnehmen möchten, einen Zugang verschaffen bzw. einen Studienplatz gewähren und es ihnen ermöglichen ihr Studium abzuschließen. Weder die soziale Herkunft, der vorangegangene Bildungsabschluss, der kulturelle Hintergrund, der Zeitpunkt im Leben, noch die finanzielle Situation dürfen dabei Hinderungsgründe sein. Sie muss genügend Plätze für die gewünschten Studiengänge bereitstellen und damit Auswahlverfahren überflüssig machen.

Um Enttäuschungen und Fehlentscheidungen bei der Aufnahme eines Studiums vorzubeugen soll vor Beginn eine intensive persönliche Beratung stehen, in der Fähigkeiten und Ziele erörtert werden.

An einer demokratischen Hochschule ist der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen zu berücksichtigen. Eine verhältnismäßige Ungleichverteilung von Stellen oder Plätzen jeder Art zwischen den Geschlechtern, deutet auf eine Handlungsnotwendigkeit im jeweiligen Bereich hin.

An einer Hochschule darf darüber niemand wegen seines Aussehens, seiner Herkunft, seiner Religion, seiner (politischen) Einstellung oder seiner Sexualität benachteiligt werden. Sie muss aber auch so strukturiert sein, dass Menschen in verschiedenen Lebenslagen studieren und einen erfolgreichen Abschluss absolvieren können. Niemand darf deswegen ausgeschlossen werden, wenn sie oder er ein Kind bekommt, sich politisch engagiert, arbeiten muss oder möchte oder körperlich behindert ist. Das bedeutet, dass Möglichkeiten der Kinderbetreuung und des Teilzeitstudiums gegeben sein müssen. Darüber hinaus muss die Hochschule in jederlei Hinsicht barrierefrei sein. Jeder Mensch, der es möchte, soll ein Studium aufnehmen und erfolgreich beenden können.

Damit soll insgesamt die gesellschaftliche Bedeutung der demokratischen Hochschule gestärkt werden, da sie als wichtiger Bestandteil der demokratischen und sozialen Weiterentwicklung der Gesellschaft und allen gesellschaftlichen Gruppen, einen Raum der Begegnung und kritischen Auseinandersetzung bietet.

2 Probleme

2.1 Probleme - Demokratie an Hochschulen

Die Hochschulen von heute entfernen sich von demokratischen Prinzipien. Der Rückbau staatlicher Regulierung (Stichwort deregulierte Hochschule) hat nicht zu einer qualitativen Aufwertung der Hochschuldemokratie geführt. Unter dem Vorwand der Effizienzsteigerung wurden Entscheidungsbefugnisse von Rektoraten ausgeweitet und auf Hochschulräte verlagert. Die Befugnisse von Instituten und Fachbereichen hingegen stark beschnitten. Des Weiteren hat die Umwandlung der Hochschule vom Selbstverwaltungs- zum Managementmodell die Mitbestimmungsrechte der Studierenden weiter abgebaut. Die scheinbare Mitbestimmung der Studierenden hat sich zu einer offensichtlichen Fremdbestimmung gewandelt.

Der aktuelle Zustand der Hochschuldemokratie spottet den hart erkämpften demokratischen Errungenschaften Hohn. Die zunehmende Fremdbestimmung der größten Betroffenengruppe, der Studierenden, behindert die Entwicklung demokratischer Persönlichkeiten. Studierende, welche den Ausbau demokratischer Rechte einfordern, werden diskreditiert. Es bestehen Demokratieverbote und alt-etablierte Hierarchien.

Die Konsequenz des Demokratiemangels an Schulen und Hochschulen ist eine demokratiefeindliche Gesellschaft und schlechte Lern- und Lehrbedingungen. Das Angebot an Veranstaltungen kann nicht mitgestaltet werden und Veranstaltungen können meist nicht individuell zusammengestellt werden. Die Studierende identifizieren sich nicht mit ihrer Hochschule und begreifen sich nicht als soziale Wesen. Zunehmend werden Hochschulen in die Trägerschaft öffentlich rechtlicher Stiftungen überführt und von privat organisierten Einrichtungen durch Akkreditierungsmaßnahmen gegängelt.

2.2 Probleme - Lehr- und Lernbedingungen

Mangelnde Ausstattung und zunehmender Wettbewerbsdruck (sowohl zwischen den Hochschulen, als auch zwischen den Studierenden), der in vielen Fällen politisch gewollt ist, verschärfen die Zustände in allen Bereichen.

Deutschland gab 2006 nur 4,4% des BIP für Bildung aus. Dies ist deutlich weniger als der OECD-Durchschnitt von 5,3%, was im Falle Deutschlands einen Unterschied von ca. 20 Mrd.€ jährlich bedeutet. (Auch der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben liegt mit 9,7% weit hinter dem OECD-Durchschnitt, der bei 13,3% liegt (anderes Bsp.: USA: 14,8%). Angesichts dieser Zahlen lässt sich bei Weitem nicht von der viel zitierten „Bildungsrepublik“ (Merkel) reden. [Zahlen: OECD-Bericht „Education at a Glance - 2009“, Seite 241]

2.2.1 Studienstruktur

Bei der Forschung gibt es einen Publikationsdruck und enormen Konkurrenzkampf um finanzielle Mittel, sodass die Lehre oftmals zu kurz kommt. Vom Staat werden Gelder durch die Exzellenzinitiative ungleichmäßig verteilt. Dadurch und durch nicht zielführende Rankings werden Unterschiede in der Hochschullandschaft aufgebaut, die es bislang so nicht gab. Ein weiterer Effekt der Verknappung öffentlicher Gelder ist, dass viel Arbeit in das Werben von Drittmittelprojekten gesteckt werden muss, die in jedem Fall die Freiheit der Forschung und damit auch der Lehre begrenzen.

Dies wirkt sich auf die Lehre aus, da Studierende in solche Projekte involviert werden. Teils wird breite Lehre aufgrund von Forschung vernachlässigt, alleine um bestehende Strukturen (Geräte, Personal, usw.) zu erhalten. In der Lehre führen geringe Mittel und Wettbewerbsdruck zu entindividualisierten Massenveranstaltungen, die stures Auswendiglernen und simples Wiedergeben desselben befördern. Aufgrund mangelnder Zeit

für Korrekturen oder Einzelprüfungen werden Prüfungen mit standardisierten Multiple-Choice-Klausuren, die elektronisch auswertbar sind, oder in Gruppen durchgeführt.

Die Mentalität an den Hochschulen ist von Wettbewerb, Zeitdruck und Lernzwang geprägt und nicht von dem Wunsch Wissen zu erlangen, weiterzugeben und zu forschen. Das Wesen der Hochschulen verändert sich, sodass dort wirkliche Wissenschaft, auch im Rahmen des Studiums, kaum noch möglich ist. Das veränderte und privatisierte Akkreditierungsverfahren trägt seinen Teil zu den neuen Strukturen bei.

Das veränderte Wesen der Hochschulen findet in der jetzigen Form des Bachelor und Master Systems seinen Ausdruck. Die Jagd nach ECTS Punkten, starre Stundenpläne, Studiengebühren, die auf Noten fokussierten und reduzierten Prüfungsmodalitäten sowie Anwesenheitspflichten ruinieren den Geist der Hochschulen. Durch volle Stundenpläne wird der Raum für Ideen, eigene Projekte und eigenes Engagement reduziert.

Äußere finanzielle Zwänge, die durch Studiengebühren und unzureichende BAföG-Regelungen verstärkt werden, sowie der Bachelor als Regelabschluss unterstreichen diese Entwicklungen.

Zulassungsquoten und Notenbeschränkungen für den Master, der als nicht konsekutiv angesehen wird, verbauen vielen Studierenden den Wunsch nach weiterer Bildung. Die geringe Übergangsquote in den Master wird dadurch gerechtfertigt, dass viele Bachelor AbsolventInnen intellektuell gar nicht in der Lage wären die wissenschaftlichen Voraussetzungen für einen Masterstudiengang zu erfüllen. Gleichzeitig wird ihnen versichert „fit für den Arbeitsmarkt“ zu sein, obwohl bisher kein Arbeitsmarkt für BachelorabsolventInnen besteht.

Daraus kann nur eine mögliche Konsequenz folgen, nämlich dass der Master als konsekutiv angesehen, und Regelabschluss, wird.

2.2.2 Inhalte

Den Studierenden werden darüber hinaus kaum Möglichkeiten gegeben, sich selbst und andere zu bilden und dies fürs Studium geltend zu machen. Das Bewusstsein an den Hochschulen wandelt sich von der individuellen Entwicklung und Bildung aus Eigenantrieb zum Durchlaufen vorgegebener Module mit möglichst geringem Aufwand. Der Anspruch kritischer Wissenschaft und kritischer Bildung weicht dem Konsum eines vorgegebenen Einheitsbreis. Durch Studiengebühren wird eine Bezahl- und Konsum-Mentalität verstärkt.

Studierende werden nicht oder kaum anhand von lehrreichen Projekten gebildet, sondern lediglich mit standardisierten Inhalten so schnell und billig wie möglich durch das Studium geschleust. Fachgrenzen übergreifendes Lernen findet nur sehr selten statt. Inhaltlich selbstbestimmtes Lernen ist meist nicht vorgesehen.

Wegen des Mangels an Geld, werden sogar moralisch zweifelhafte Projekte, beispielsweise in der Rüstungsforschung, angenommen, an denen Studierende aus Mangel an Alternativen mitarbeiten müssen.

2.2.3 Personal und Räume

Viele Veranstaltungen sind wegen des Mangels an Raum und Lehrpersonal hoffnungslos überfüllt.

Es gibt wenig individuelle Projekte und Betreuung von Studierenden, durch wissenschaftliches Personal.

Räume die Studierenden und wissenschaftlichem Personal zur Verfügung stehen sind meistens unzureichend und für Selbstverwaltung sowie eigene Projekte fast nie vorhanden.

Durch den Mangel an Personal und Räumen fehlen fast vollständig zwei elementare Säulen eines Studiums, das selbstbestimmt, projektbezogen und dem Erkenntnisgewinn dienend ist.

2.3 Probleme - soziale Öffnung

Der in 1.4 genannten Vision stehen in Deutschland verschiedene Probleme entgegen. Diese führen dazu, dass in Deutschland vielen Menschen ein Hochschulstudium unmöglich gemacht wird.

Positiv ist, dass die Anzahl der Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung von 220.500 (1980) auf 442.000 (2008) stieg – im Verhältnis zu den gesamten Schulabgängern ergibt das eine Studienberechtigtenquote von 22,2 % (1980) und 45,1 % (2008). Die Übergangsquote, also die Quote derer mit Hochschulzugangsberechtigung, die ein Studium begannen, nahm jedoch von 87% (1980) auf 70% (2004) ab [Destatis – „Hochschulstatistische Kennzahlen 1980-2008“]. Ein weiteres Problem ist, dass Plätze in gewünschten Studiengängen oft nicht zur Verfügung stehen und dass eine Hochschulzugangsberechtigung Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums ist. Da schon im Schulsystem viele Selektionsmechanismen greifen, ist der Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung für viele Menschen nicht möglich. Daher ist darüber nachzudenken, wie Menschen ohne sogenannte Zugangsberechtigung ein Studium ermöglicht werden kann.

Die Studienanfängerquote (sie gibt an, wie viel Prozent eines Geburtsjahrgangs ein Studium aufnehmen) zeigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich weit abgeschlagen ist. Diese lag 2007 für Deutschland bei 34%, wohingegen der OECD-Durchschnitt bei 56% lag. Im Jahr 1995 lag diese in Deutschland bei 26% und im OECD-Durchschnitt 37%. Das bedeutet, dass in der Zeit zwischen 1995 und 2007 der OECD-Durchschnitt um 19% gestiegen ist, während die Zahlen in Deutschland nur um 8% gestiegen sind. Deutschland hinkt somit nicht nur absolut, sondern auch bei Betrachtung der Änderungswerte dieser Zahlen stark hinterher. [OECD Bericht „Education at a Glance - 2009“, Seite 60]

Unser Bildungssystem ist sehr selektiv nach der sozialen Herkunft. Das bedeutet es gibt keine Chancengleichheit. Dies zeigt sich in zahlreichen Untersuchungen und wird regelmäßig von Sozialverbänden und Gewerkschaften kritisiert. Im Folgenden ein kleiner Ausschnitt aus der 19. Sozialerhebung:

„Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunft in Prozent“

Soziale Herkunft	1982	2009
* hoch	17	36
* gehoben	26	23
* mittel	34	26
* niedrig	23	15

Quelle: [19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Seite 129]

Der finanzielle Aspekt ist für viele Studierende ein entscheidender Faktor. Viele nehmen wegen hoher Kosten und ungewisser Finanzierungslage kein Studium auf. Diejenigen, die es dennoch tun, sehen sich in vielen Fällen unzureichenden BAföG-Regelungen und Studiengebühren ausgesetzt. Nebenjobs, die den Bedarf an Geld im Studium decken, lassen sich in den meisten Fällen mit vollen Stundenplänen nicht vereinbaren, oder führen wiederum zu einem unfreiwillig verlängerten Studium. Da staatliche Förderungen und Stipendien meist denjenigen zu Gute kommen, die sowieso keine finanziellen Nöte haben, gibt es kaum Möglichkeiten, für Menschen aus sozial schwachen oder ärmeren Elternhaushalten, zu studieren. Die Aufnahme eines Kredits ist vielen zu riskant.

Zusammenfassend ist zu erkennen, dass ein Studium für Menschen aus Elternhäusern ohne akademischem Hintergrund (fehlende Erfahrungswerte zu Hochschulen und Finanzierungsfragen, fehlendes kulturelles Kapital), aus zerstrittenen Familien (unklare finanzielle Situation), aus einkommensschwachen Familien (Finanzierung) oder aus sozial schwachen Familien (oft weniger Erfahrungen als privilegierte Kinder (Reisen, Kulturprogramme, etc.)) schwierig zu realisieren ist. Dies belegen Fakten, wie die Zahl der StipendiatInnen, die lediglich Büchergeld bekommen (hohes Elterneinkommen), welche derzeit bei etwa 80% liegt.

Das BAföG wäre ein Ausweg, ist jedoch unübersichtlich gestaltet, hat sehr enge Bemessungsgrenzen und ist mit viel Aufwand verbunden. Darüber hinaus ist es sehr schwierig, Fächer zu wechseln oder sich breiter zu bilden, da das BAföG nur über einen begrenzten Zeitraum bezahlt wird. Es ist zudem ein Problem, dass das BAföG zu großen Teilen zurückgezahlt werden muss. Diese Gründe führen dazu, dass viele vom BAföG abgeschreckt werden, sich nicht trauen oder zu wenig BAföG bekommen.

Neben den finanziellen Aspekten ist ein weiteres großes Problem, dass es aufgrund falsch konzipierter Studiengänge kaum Zeit für eigene Kinder, sportlichen Ausgleich, soziales und politisches oder kulturelles Engagement, gibt. Das fachliche Studium nimmt einen großen Teil der Zeit ein, was in vielen Fällen dazu führt, dass Studierende wegen des hohen Stressniveaus unausgeglichen und gesundheitlich sensibel sind. Unflexibilität seitens der Hochschulen trifft insbesondere Menschen, mit körperlichen Behinderungen oder Kindern, die zusätzlich oft mit mangelnder Akzeptanz zu kämpfen haben.

Eine neue, beäunstigende Entwicklung ist, dass durch die Exzellenzinitiative und zahlreichen Rankings Unterschiede zwischen Hochschulen aufgebaut werden. Diese Entwicklung ist fragwürdig, da Studierende in Deutschland in allen Hochschulen vergleichbare Bedingungen vorfinden sollten, um Chancengleichheit und breite Bildung ermöglicht zu bekommen.

Bei der Betrachtung der Selektion an den Hochschulen darf jedoch nie vergessen werden, dass die meisten Selektionsmechanismen schon im Schulsystem greifen. Dort wird, wie zahlreiche Studien beweisen, sehr stark nach sozialer und kultureller Herkunft selektiert,

sodass beispielsweise nur sehr wenige Kinder mit Migrationshintergrund eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen. Insgesamt ist für eine funktionierende demokratische Gesellschaft ein offenes Bildungssystem, welches auf allen Ebenen Chancengleichheit tatsächlich ermöglicht, absolut notwendig und eine Grundvoraussetzung.

3 Alternativen und Forderungen

3.1 Alternativen und Forderungen „Demokratische Hochschule“

Wenn es uns nicht gelingt, die hart erkämpften demokratischen Errungenschaften in der Gesellschaft zu verankern und diese weiter auszubauen, wird die Demokratie, sogar in ihrer gegenwärtig oberflächlichen Form, sterben. Die Entwicklung der Hochschulen von der Ordinarienhochschule zur Gruppenschule muss in der demokratischen Hochschule münden. Nur wenn Studierende an möglichst allen, sie betreffenden Entscheidungen beteiligt sind, werden sie sich als emanzipierte, kritische und demokratische Individuen mit ihrer Hochschule identifizieren und einen Beitrag zu einer aufgeklärten Gesellschaft leisten. Eine Studienreform müsste daher in erster Linie zum Ziel haben, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Neugier und das Interesse der Studierenden geweckt werden. Dies ist nur möglich, wenn partizipative Formen in der Universität systematisch ausgebaut würden. Die Stichworte sind: größtmögliche *Aktivierung* des Einzelnen und seiner *intrinsischen Motivation* durch *größtmögliche Teilhabe*(chancen) an sämtlichen Entscheidungsprozessen. Die schlechte Umsetzung des Bologna-Prozesses hat gezeigt, dass Hochschulreformen nie mehr ohne gleichberechtigte studentische Beteiligung umgesetzt werden dürfen.

Deshalb fordern wir: Das BVerfG-Urteil von 1973 darf kein Hindernis der Demokratisierung der Hochschulen sein. Wir fordern eine Kommission, die sich mit der Frage beschäftigt, in welchen Gremien und bei welchen Aufgaben eine Drittelparität möglich ist. Wenn nötig, muss das Grundgesetz geändert werden, damit die Demokratisierung der Hochschulen voranschreitet. Es sind direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten einzurichten, welche demokratische Praxis an den Hochschulen erfahrbar machen und von Seiten der Studierenden Kontrolle ermöglichen. Damit die Studierenden im Zentrum des Interesses der Professorinnen und Professoren stehen, fordern wir, dass diese zukünftig von Studierenden mitberufen werden. Hochschulräte, welche die Instrumentalisierung der Wissenschaft vorantreiben, wie beispielsweise die Hochschulräte in ihrer aktuellen Form, sind abzuschaffen. Damit die Mitbestimmungsrechte endlich nicht mehr zur Disposition stehen, müssen sie endgültig gesetzlich verankert werden. Entscheidungen sollen im kleinstmöglichen Rahmen gefällt werden (Subsidiarität), wodurch Hochschulräte, Rektorate und Dekanate andere Aufgaben bekommen. Diese Ebenen werden „transparente Dienstleister“ die ihre Tätigkeiten und Beschlüsse an den grundsätzlichen Entscheidungen der Basisebene orientieren und von den Basisebenen kontrolliert werden. Konflikte sind von den Leitungsebenen festzustellen und zu moderieren. Politische Freiheit der kleineren Einheiten ist jedoch nur durch die verstärkte finanzielle Unabhängigkeit dieser Einheiten möglich.

Die demokratischen Hochschulen sind mit unabhängigen öffentlichen Mitteln in ausreichender Höhe zu finanzieren (es sollen sofort 7% und mittelfristig 10% des BIP in Bildung fließen). Institute müssen bei der Gelderverteilung eine bedeutendere Rolle erhalten. In Deutschland muss eine horizontale Hochschullandschaft das Ziel sein, die Wechsel zwischen den Hochschulen vereinfacht und in der die Hochschulen entsprechend ihres Bedarfs mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Um eine flächendeckende, funktionierende Hochschullandschaft zu erhalten muss die Exzellenz-Initiative sofort beendet werden. Die Hochschulen müssen aus Rankings wie dem privaten CHE-Ranking sofort aussteigen.

3.2 Alternativen und Forderungen Lehr- und Lernformen

Im Folgenden werden die Alternativen und Forderungen in die drei Unterpunkte Studienstruktur, Inhalte sowie Personal und Räume gegliedert.

3.2.1 Studienstruktur

Der Masterabschluss ist der *Regelabschluss* und muss allen BachelorabsolventInnen ermöglicht werden. Durch den Zwischenabschluss „Bachelor“ und das im Folgenden beschriebene erste Semester soll unter anderem die Mobilität erhöht werden.

Der Bachelor sollte eine Qualifikation beschreiben und sollte daher im Schnitt etwa acht Semester umfassen, um als berufsqualifizierender Abschluss zu gelten. Er soll als Zwischenstation und Option, das Studium mit einem Abschluss früher beenden zu können, bestehen bleiben. Wesentliche Grundlagen müssen trotzdem schon im Bachelor-Studium gelegt werden. Strukturelle Umgestaltungen, wie im Folgenden beschrieben, ermöglichen eine weitergehende und an die Bedürfnisse vieler Menschen anknüpfende Verbesserung des Studiums.

Die Gliederung des Studiums muss neue Formen annehmen. Bei einer Umstrukturierung des Bachelor/Master-Systems muss es Änderungen bei den Prüfungsmodalitäten geben. Es soll nicht jede Prüfung in die Endnote eingehen.

Um den Gedanken der Interdisziplinarität besser umzusetzen und um Wahlfreiheit zu ermöglichen, muss es Veränderungen und eine stärkere Verknüpfung von Lehre und Forschung geben. Deshalb sollen größere thematisch übergreifende Blöcke auch über mehrere Semester geschaffen werden, welche die Wahlfreiheit und Lernmöglichkeiten im Studium eines Faches, als auch interdisziplinär verbessern und ermöglichen.

Eine weitere Möglichkeit ein Studium zu verbessern, ist die Einführung von (studentischen) *individuellen Mentoren*. Diese Mentoren sollen mit den Studierenden zusammen einen individuellen *interessengeleiteten Lernzielleitfaden* erarbeiten, der helfen soll, das Studium eigenständig und individuell zu gestalten. Diese Mentoren sollen aus einem höheren Semester kommen und Studierende insbesondere in der Anfangszeit des Studiums unterstützen. Während des Studiums soll die Selbstreflexion über die persönliche Lernentwicklung gestärkt werden. Zu diesem Zweck sollen alle Studierenden ein

kontinuierliches *Lernprotokoll* verfassen sowie einmal jährlich einen *Jahresbericht*, der mit dem studentischen und lehrenden Mentor besprochen wird. Alle zwei Jahre haben Studierende das Recht auf eine schriftliche Stellungnahme zu ihrer bisherigen Entwicklung durch zwei selbstgewählte Lehrende, die auf der Basis der Lernprotokolle, Projektberichte, Jahresberichte und persönlicher Gespräche die bisherige Entwicklung der Studierenden beurteilen und unter Umständen Empfehlungen für die weitere Studien- und Lernplanung aussprechen. Neben den *individuellen Mentoren* soll es auch *lehrende Mentoren/Tutoren* geben, die bestimmte Grundlagen vermitteln (wissenschaftliches Arbeiten, Präsentationstechniken...). Seminare sowie von Mentoren initiierte und betreute Diskussionszirkel sollen *Begleitveranstaltungen* darstellen und projektübergreifende Themen behandeln. Sie sind demokratisch organisiert, d.h. Studierende und Mentoren bestimmen gemeinsam und auf gleichberechtigter Ebene die Wahl der Themen und die Organisationsform der Seminare (so wie die Studierenden Vetorechte bei der Besetzung von Lehrstühlen haben). Sie sollen möglichst als Blöcke organisiert werden, die eine intensivere Diskussion und eine weniger anonyme Atmosphäre ermöglichen. Häufig in Projekten auftauchende Fragen können ergänzend zu den Seminaren in *begleitenden Tutorien* besprochen werden.

In jedem Fall sollen die Mentoren oder Tutoren eine didaktische Ausbildung erhalten.

Ein wichtiges Ziel im Studium ist das Erlangen von Sozialkompetenz und Selbstständigkeit. Am Ende des Studiums sollen selbst organisierte Projekte, Seminare oder Veranstaltungen, die im Studium anerkannt und prüfungsrelevant sind, stehen. Insgesamt soll ein individuelleres Studium durch mehr Wahlmöglichkeiten, weniger Prüfungen und eine begrenzte Wahl der Prüfungsmethoden entstehen. Die Wahl der Seminare, Veranstaltungen usw. kann über Fachgrenzen hinweg erfolgen. In diesem Zusammenhang fordern wir die flächendeckende Einführung von „Projektseminaren“. „Projektseminare“ können verschiedene Fächer oder im Fach verschiedenste Strömungen subsumieren, definiert werden sie über das Forschungsobjekt beziehungsweise das Ziel. Die Projekte, welche in diesen Seminaren oder in einem anderem Rahmen des Studiums behandelt werden, müssen die folgenden *sechs Themenkomplexe* erschließen und integrieren:

- Reflexion die der Arbeit zugrundeliegende *Theorie* (im Komplex der Theorien) sowie
- die verwendeten *Methoden* (im Komplex der unterschiedlichen Methodenansätze),
- die Beschäftigung mit *Lehr-Lern-Prozessen* (Reflexion des Lernfortschritts im Kontext der Lehr-Lern-Theorien),
- Auseinandersetzung mit der *Geschichte* des eigenen Faches (bzw. der Geschichte des Themas im eigenen Fach),
- Herstellung eines *Praxisbezugs* bzw. der *gesellschaftlichen Relevanz* des Projekt(themas) und nicht zuletzt
- seiner *ethischen Dimension* (Wissenschaft in der Gesellschaft).

Ein Projekt kann 6-12 Monate dauern und wird in Gruppen von 4-8 Personen bearbeitet. Am Ende steht ein *umfassender Projektbericht*, der die persönliche Lernentwicklung, aber auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem gewählten Gegenstand unter Berücksichtigung der oben genannten Themenkomplexe erläutert. Zudem muss das Projekt in irgendeiner Form nach außen präsentiert bzw. dokumentiert werden. Dies kann ebenso durch einen Vortrag mit Diskussion geschehen wie durch Erstellen einer E-learning-Plattform, einer Ausstellung oder ähnlichem.

Bei der Umsetzung ihrer Projekte werden Studierende unter anderem durch erfahrenere und didaktisch fortgebildete Studierende höherer Semester, die sogenannten *studentischen Mentoren*, betreut. Gerade am Anfang können diese Mentoren die Studierenden in der Entwicklung von Fragen unterstützen und ganz praktische Probleme (wie Methoden,

inhaltliche Fragen, Recherche, Projektablauf etc.) lösen helfen. *Lehrende Mentoren* sollen die Studierenden zudem über mehrere Semester hinweg in ihrer Studienorganisation und im Hinblick auf ihre persönliche Lernentwicklung begleiten und betreuen. Dieser lehrende Mentor erarbeitet mit dem Studierenden einen persönlichen Lernzielleitfaden, der regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst wird. Dieser Punkt erfordert, soll er optimale Umsetzung erfahren, eine deutliche Aufstockung des Lehrpersonals.

Die acht Semester des Bachelor sollen sich wie folgt zusammen setzen:

- Das erste Jahr an der Hochschule gestaltet sich für viele sehr schwer. Es fehlt an Hilfestellung den Raum Hochschule kennen zu lernen und ihn individuell gestaltbar zu machen. Wir fordern die Einstellung von Tutoren und Tutorinnen mit dem Ziel, dies zu ändern, um es StudienanfängerInnen zu ermöglichen, sich selbständig und gestaltend im Raum Hochschule bewegen zu können. Im ersten Semester (und auch in Teilen des zweiten Semesters) soll es daher einführende Tutorien zu Studienstruktur und Methoden geben und gelernt werden, wie selbständiges Studieren möglich ist. In dieser Zeit soll ein Schwerpunkt auf der Interdisziplinarität liegen. Das erste Semester soll Teile eines Studium Generale enthalten können. Dies ist sinnvoll, da man somit im ersten Semester wichtige Grundlagen für das wissenschaftliche Arbeiten, Präsentationen usw. erlernt, sich allgemein bildet, das System der Hochschule versteht, sich in vielen Fachbereichen umschaun kann und sich erst im zweiten Semester auf ein Fach festlegen muss. Das bedeutet nicht, dass man im ersten Semester keine Veranstaltungen in seinem Wunschfach belegen und diese später anrechnen lassen kann. Entscheidend für Menschen als bewusste AkteurInnen in einer Demokratie und entscheidend für ein erfolgreiches Studium ist die Möglichkeit, über den Tellerrand des eigenen Fachgebietes blicken zu können. Wir fordern daher gerade zu Beginn des Studiums ein interdisziplinäres Studium, mit Wahlfreiheit von Kursen. Aus den beiden oben genannten Punkten folgern wir die Notwendigkeit, die ersten beiden Semester prüfungsfrei zu gestalten. Im zweiten Semester sollen verstärkt fachliche Grundlagen gelegt werden und fachspezifische Methoden erlernt und Seminare belegt werden.
- Ab dem dritten Semester bis einschließlich des sechsten Semesters sollen die Studierenden forschend lernen und projektbezogen arbeiten. Dazu sind natürlich weitere Grundlagen zu legen.
Geprüft werden sollen im Allgemeinen größere, übergreifende Blöcke über mehrere Semester. Es sind drei Blöcke (also drei größere Prüfungen) anzustreben, die jeweils einen Teil zur Bachelornote beitragen. Diese Blöcke können in Kombination mit einer zeitlichen Koordinierung mit anderen Hochschulen einen Mobilitätsgewinn bringen.
- Das siebte Semester soll der individuellen Schwerpunktsetzung und Vertiefung dienen. Das kann bedeuten, ein Auslandssemester, Praxis im Form von Praktika, Vertiefung der Forschung als Projektarbeit u.a. zu absolvieren. Dieses Semester ist ein entscheidender Fortschritt. Forschend lernen, projektbezogen arbeiten, Selbstständigkeit und ein aktiver Zugang zur Wissenschaft wird erfahrbar.
- Im achten Semester soll die Bachelor-Arbeit angefertigt werden. Je nach Fach bietet sich darüber hinaus nach der Bachelorarbeit eine mündliche Abschlussprüfung an. Ansonsten soll das achte Semester prüfungsfrei sein.

Der Master ist ein vertiefendes Studium, das ohne Masterarbeit, welche mindestens 6 Monate beanspruchen soll, mindestens zwei, besser drei Semester umfassen soll. Auch für den Master sollen größere Prüfungsblöcke und das oben erwähnte gelten.

Nicht hinnehmbar ist die Feststellung, dass es eine erhebliche Diskrepanz zwischen StudienbeginnerInnen und der Zahl der Abschlüsse gibt. Dies hat verschiedene Gründe, einer der wichtigsten ist die finanzielle Situation, welche sich am Ende des Studiums meist negativ zuspitzt. Aus diesem Grund fordern wir ein so genanntes Examensgeld. Jenes soll bedarfsdeckend sein und den Studierenden im Master, ab Anmeldung der Abschlussarbeit, bis zu zwölf Monate lang, zur Verfügung gestellt werden. In der Höhe soll dieses bedarfsdeckende Examensgeld etwa 700 Euro pro Monat betragen. Dies würde zu mehr Sicherheit, mehr Abschlüssen sowie einer stärkeren gesellschaftlichen Anerkennung jener Abschlüsse führen.

3.2.2 Inhalte

Ein anderes Studium, das breite Lehre und kritische Wissenschaften einbezieht, sollte Normalität werden. Das Studium soll neben fachlichen Inhalten und kritischem Denken, fächerübergreifende Kompetenzen und Inhalte vermitteln. Es soll sowohl Raum für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für Ideen, deren Umsetzung, soziales und kreatives Engagement bieten. In der Hochschule soll die Gesellschaft von morgen gedacht und ausprobiert werden können.

Es geht um die fundamentale Umgestaltung der Hochschulen ausgerichtet auf demokratische Prinzipien. Weg von einer dirigistischen Struktur, hin zur freien Entscheidung und Mitbestimmung Vieler, die in vielen Punkten, wie Leistungsfähigkeit, Kreativität, Flexibilität bei Anpassung an neue Umstände und Fehlertoleranz weit überlegen sind.

Die Fachbereiche sollen gestärkt werden und beispielsweise bei Personalentscheidungen mehr Autonomie erhalten. Der Einfluss der Rektorate und Hochschulräte ist zu minimieren. Die neuen Aufgaben liegen in Repräsentation wo notwendig, Organisation, Moderation und Verwaltung. Es soll eine breite Wissenschaft praktiziert werden, Projekte wie die Exzellenzinitiative, die dem entgegen wirken, müssen eingestellt werden. Die Einführung einer Zivilklausel, welche militärische Forschung an Hochschulen verbietet, ist allein aus moralischen Gründen absolut notwendig. Studierende sollen im Zuge einer paritätischen Mitbestimmung und durch Ausweitung der Mitbestimmungsbereiche mehr Einfluss bekommen und beispielsweise bei Berufungsverhandlungen mitentscheiden. Die Mitbestimmung bei der Lehre soll sich einerseits auf das Lehrprogramm und andererseits auf konkrete Inhalte in Seminaren beziehen, die gemeinsam diskutiert werden sollen. Diese Vorschläge und zukünftige Entscheidungen sollen einem radikalen Wissenschaftspluralismus dienen. Studierende müssen die thematische Breite ihres Faches kennen lernen, was insbesondere dann gilt, wenn konkurrierende wissenschaftliche Schulen existieren. Ein Studium darf nicht manipulierend wirken, sondern sollte wissenschaftliche Ansätze darstellen und reflektieren. Elitenförderung und Rankings sind zu Gunsten einer homogenen Hochschullandschaft aufzugeben. WissenschaftlerInnen müssen verschiedene Forschungsansätze verfolgen dürfen.

Lehr- und Lernformen sind ständig zu hinterfragen, zu evaluieren, zu verbessern und natürlich an die entsprechenden Inhalte anzupassen. In diesem Prozess sind Studierende in die Entwicklung des Lehrangebots einzubeziehen. Lange gewonnene Erkenntnisse aus hochschuldidaktischer und pädagogischer Sicht sind zu berücksichtigen. Dabei ist zu beachten, dass es nicht darum gehen darf, die Verwertungslogik des bestehenden Systems didaktisch aufzuarbeiten, sondern neue Inhalte mit gesellschaftlicher Relevanz mit Hochschuldidaktik und demokratischen Entscheidungsstrukturen zu entwickeln.

Neben der passiven Wissensrezeption sollten Studierende vermehrt selbst aktiv werden, um sich Inhalte zu erschließen. Dadurch werden orientierendes Denken und ein langfristiger Lernerfolg gefördert. Außerdem werden durch Projekt- und Gruppenarbeiten soziale Kompetenzen ausgebildet.

Dazu sollen beispielsweise Mittel für selbst organisierte Seminare (so können z.B. Externe eingeladen werden) zu Verfügung gestellt werden. Um eine interdisziplinäre Bildung zu gewährleisten, sind zum einen Studienordnungen durchgehend so zu gestalten, dass Veranstaltungen aus anderen Fächern angerechnet werden können. Zum anderen müssen fachübergreifende Projektseminare verstärkt angeboten werden, wodurch gemeinsames, vertiefendes Lernen ermöglicht wird. Die Studierenden sind vermehrt in die Forschungs- und Praxiskontexte einzubeziehen, was in Lehr-Forschungsprojekten und eigenständigen Forschungsprojekten wie z.B. im Rahmen von Projektseminaren umgesetzt werden kann. Zur Steigerung der Sozialkompetenz und weiteren Flexibilisierung soll gesellschaftlich relevantes Engagement als Leistung anerkannt werden (Gremienarbeit, Arbeit in Hochschulgruppen, ehrenamtliches Engagement, studentische Selbstverwaltungsprojekte, Sozialprojekte...).

Dabei geht es insgesamt nicht um die Rückdrängung der fachlichen Kompetenz. Es soll eine neue Austerierung zwischen fachlichem Wissen und den sogenannten Soft-Skills sowie der Fähigkeit zur fachfremden/fachübergreifenden Kommunikation erfolgen. In einer Gesellschaft, in der Faktenwissen frei und nahezu instantan zur Verfügung steht ist das wichtiger als auswendig zu lernen. Davon unbenommen ist die Fähigkeit Fachwissen/Faktenwissen in einem Gesamtkontext verstehen zu können.

Deshalb sollte die Vermittlung von Fachwissen/Faktenwissen soweit es geht nur im Rahmen von Methodenlernen, beziehungsweise direkt begleitend zum fachlichen praktischen Arbeiten erfolgen.

3.2.3 Personal und Raum

An der Hochschule muss den Studierenden Raum gegeben werden, ihr Lernen auch selbst zu organisieren. Darüber hinaus sollen neben klassischen Lehr-, Lern- und Forschungsräumen auch frei gestaltbare Freiräume geschaffen werden, um die Gemeinschaft zu fördern und stärken.

Wir fordern selbst verwaltete Häuser für Studierende an jeder Hochschule. In Instituten und Bibliotheken sollen zusätzliche Arbeitsräume, in denen Studierende alleine und in Gruppen arbeiten können, bereit gestellt werden. Allen Angehörigen einer Hochschule sollen nicht gewinnorientierte Kultur- und Sportangebote zugänglich gemacht werden.

Wenn Studierende eigenständig arbeiten sollen, ist dazu eine besonders intensive Betreuung notwendig. Um Studierenden wenigstens in Ansätzen individuell betreuen zu können und

um die Forschung zu stärken, ist eine deutliche Aufstockung des Personals nötig. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse sind ebenso wie die Abhängigkeit der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen von ProfessorInnen zu beenden.

Wir fordern die Aufstockung des wissenschaftlichen Personals um 10% in den nächsten drei Jahren, um den Betreuungsschlüssel von 16 auf 13 Studierende zu verbessern (vgl. GEW-Studie 2009). Es sollten 2000 PrivatdozentInnen als Teilzeit-ProfessorInnen in einem offiziellen Angestelltenverhältnis angestellt werden. Die Menschen gibt es, sie sind hochqualifiziert, jedoch nicht integriert. Zudem sind etwa 10.000 TutorInnenstellen zu schaffen. Die Löhne der Lehrbeauftragten sind von derzeit ca. 23€ auf 40€ pro Semesterwochenstunde anzuheben. Es soll weniger Zeitverträge geben sowie keine auf weniger als ein Jahr befristeten Beschäftigungsverhältnisse. Tarifverträge sind für alle Beschäftigten, auch für die TutorInnen, einzuführen. Wissenschaftliche MitarbeiterInnen sollen vermehrt an Instituten angestellt werden und nicht von professoralen Lehrstühlen abhängig sein.

3.3 Alternativen und Forderungen soziale Öffnung

Aus den genannten Problemen resultieren in logischer Konsequenz bestimmte Forderungen, die ein alternatives, sozial offenes und gerechtes Bildungssystem schaffen können. An dieser Stelle ist der Schwerpunkt der Alternativvorschläge auf Hochschulen gelegt. Da gerade die soziale Selektion im Bildungssystem schon lange vor der Zeit des Studiums greift, sind diese Missstände ebenfalls unbedingt zu lösen.

Allen, die studieren möchten, sollte ein Studium (Bachelor *und* Master) ermöglicht werden. Dazu ist es zum einen notwendig, die vorhandenen Zulassungsbeschränkungen aufzuheben. Dies kann nur durch den Ausbau von Studienplätzen gewährleistet werden, sodass für alle StudienbewerberInnen auch ein Platz zur Verfügung steht. Die Neuschaffung von Studienplätzen kann durch eine sinnvolle Verteilung von bereits vorhandenen Ressourcen erleichtert werden. Durch diese Umverteilung würden Studienplatzangebote an die tatsächlichen Studienwünsche der BewerberInnen angepasst werden. Gibt es ausreichend Studienplätze für alle, werden Zulassungsbeschränkungen unnötig, der Studienzugang ist einzig vom Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung abhängig. Die jetzt nebeneinander stehenden Bildungseinrichtungen (verschiedene Schul- /Ausbildungs- /Hochschulformen) sollten zu einem kanonischen Bildungssystem umgebaut werden, bei dem die Institutionen eng verzahnt die Menschen das ganze Leben begleiten.

Zum anderen müssen die finanziellen Möglichkeiten zum Studieren geschaffen werden. Dies macht vor allem die Abschaffung sämtlicher Bildungsgebühren notwendig. Bildung sollte allein durch Land und Bund zweckunabhängig finanziert werden. Neben der Gebührenfreiheit von (Aus-) Bildung, muss auch die finanzielle Unabhängigkeit aller Studierenden gewährleistet werden. Hierzu gibt es mehrere mögliche Ansätze. Das bestehende BAföG ist bedarfsgebunden. Dies könnte in heutiger Form auch weiter bestehen, allerdings müssten die Bemessungsgrenzen herabgesetzt und gleichzeitig die Regelsätze angehoben werden. Außerdem sollte berücksichtigt werden, ob Studierende mit wohlhabenden Eltern auch tatsächlich von diesen unterstützt werden. Ist dies nicht der Fall,

sollten auch sie BAföG beziehen können. Bedarfsgebundenes BAföG sollte nicht zurückgezahlt werden müssen! Auch elternunabhängiges BAföG ist denkbar, bei dem alle an einer Hochschule eingeschriebenen Personen einen bestimmten Betrag pro Monat zur Verfügung gestellt bekommen. Diese Art von BAföG müsste allerdings an Minimalleistungsnachweise (zum Beispiel kleine Klausuren in regelmäßigen Abständen) gekoppelt sein, oder nur für einen bestimmten Zeitraum gezahlt werden. Ansonsten liefe man Gefahr, ein unabhängiges Grundeinkommen für alle Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung zu schaffen, was einem „Bildungshonorar“ gleichkommen würde. Dies allerdings wäre nur dann gerecht, wenn auch außerhalb des Bildungssystems weitere Regelungen geschaffen werden, um ein bedingungsloses Grundeinkommen in die Gesellschaft einzubetten. Studierenden in den letzten Semestern, in denen Abschlussprüfungen/ Abschlussarbeiten geschrieben werden, sollen finanzielle Unterstützung bekommen. Dies ist im Punkt 3.2.1 näher beschrieben.

Um allen Interessierten ein Studium zu ermöglichen, müssen außerdem jegliche Formen der Diskriminierung, auch und vor allem die institutionalisierten, abgeschafft werden. Ein Studium mit (körperlichen) Behinderungen muss durch vollständige Barrierefreiheit und die Option auf Betreuung gewährleistet werden. Gleiches gilt für den Abbau von Sprachbarrieren in Bezug auf ausländische Studierende. Um auch mit Kind angemessen studieren zu können, müssen ausreichend kostenfreie Kinderbetreuungsplätze an allen Hochschulen geschaffen werden. Außerdem sollte die Möglichkeit für ein Teilzeitstudium gegeben sein. Dies würde es ermöglichen, neben dem Beruf zu studieren. Auch ein Studium im Alter sollte allen ermöglicht werden, die ein Interesse daran haben.

Damit Hochschulen dem Ziel, gesellschaftlich relevantes Wissen weiter zu entwickeln und zu verbreiten gerecht werden, müssen alle Publikationen öffentlich zugänglich gemacht werden. Diese stellen zu einem wesentlichen Teil den gesellschaftlichen Wert dar, der in neuem Wissen und Erkenntnis besteht und für den die Gesellschaft bereits bezahlt hat. Deshalb müssen alle an den Hochschulen gewonnen Erkenntnisse öffentlich und frei zugänglich gemacht werden.

Schlusswort

Der Autor hofft, dass alle Sachverhalte, die nicht eins zu eins übernommen wurden, entsprechend der Intention der ursprünglichen Arbeitsgruppe wiedergegeben sind. Des Weiteren sind eine inhaltliche Diskussion und die Überarbeitung des Textes jederzeit erwünscht.

Dem Text liegen hauptsächlich die Ausarbeitungen der ursprünglichen Arbeitsgruppe zu Grunde. In den Punkten 3.1 und 3.2.1 sind darüber hinaus Passagen aus einem Text des „Forums für kritische Theorie und Wissenschaft“ aus Heidelberg eingegangen.

<http://kleinervogel->

v.de/forum/index.php?option=com_content&task=view&id=145&Itemid=1

Weitere Quellen sind direkt im Text vermerkt.

Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass hier vornehmlich auf Studienbedingungen etc. aus Sicht der Studierenden abgehoben wurde. Die Sicherung bzw. Verbesserung der Qualität der Forschung sowie deren Organisation an einer Demokratischen Hochschule müsste gesondert thematisiert werden. Dies gilt auch für die Verwendung und Verteilung der Mittel an Hochschulen.

Im Folgenden werden einige Konzeptideen für die „Demokratische Schule“ vorgestellt, die ebenfalls als Diskussionsgrundlage dienen sollen.

Konzeptideen Demokratische Schule

Die Demokratische Schule soll neben tatsächlicher Chancengleichheit ein ausgeglichenes Lernen und Leben ermöglichen. Sie soll zu kritischem Denken und selbstbestimmtem Leben befähigen. Dies wird durch einen integrierten Ansatz verfolgt, dessen Schwerpunkte Ernährung, Bewegung sowie kulturelle, soziale und geistige Bildung sind.

Das Konzept umreißt lediglich Ideen, die Ausarbeitung obliegt den Schulen. Dies betrifft beispielsweise die jeweilige Anpassung der Lehrinhalte für die Klassenstufen oder die Kooperation mit Vereinen.

Es gibt bereits zahlreiche Schulen weltweit („Democratic Schools“) die zum Teil seit vielen Jahren diese und andere Prinzipien erfolgreich umsetzen.

Aufbau Schulstruktur

- Gemeinsames Lernen bis zur 9. Klasse (Selektion findet nicht statt)
- SchülerInnen sollen nach Lernfortschritt und Fähigkeiten, nicht nach Alter in verschiedene Klassen „gesteckt“ werden. Klassen müssen flexibel sein, damit individuell und klassenübergreifend (-gemeinsam) gelernt werden kann. Der „Klassen“-Gedanke muss zugunsten eines Gemeinschafts- und Lerngedankens abgeschwächt werden.
- Anschließende Oberstufe (2+2 Jahre) (Abschluss Realschulreife oder Abitur)
- Integrierte Schulen, also Einbindung von körperlich oder geistig beeinträchtigten Kindern (weitestgehende Abschaffung von Sonderschulformen)
- Ganztageschulen mit Frühstück und Mittagessen in Schulmensen, Schule offen: von ca. 7 bis ca. 18 Uhr
- Das kostenfreie Angebot umfasst neben Essen und Unterricht auch AG's, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe
- Für Kinder mit sehr großen Schwierigkeiten/Beeinträchtigungen sollen Förderklassen eingerichtet werden (für die Fächer wie Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen).
- „Normaler“ Unterricht muss immer mit mindestens zwei Lehrkräften durchgeführt werden.
- Zudem soll es Einzelförderung während des normalen Unterrichts durch eine zusätzliche Lehrkraft im Klassenzimmer geben. (Im besten Fall immer ein Lehrer und eine Lehrerin gemeinsam)

- Dies mindert zudem den Rollenkonflikt, in welchem sich viele Lehrkräfte sehen; die Anforderung, sowohl eine Autorität als auch eine Ansprechperson zu sein, wird durch die doppelte Besetzung erleichtert. Hinzu kommt, dass einige Kinder in gewissen Entwicklungsphasen Reibungspunkte brauchen und sich von einzelnen LehrerInnen nicht respektiert fühlen. Das kann durch die genannte Struktur besser aufgefangen werden. Ebenso wie die Abhängigkeit von einer Lehrkraft, die nachweislich besteht.
- Die Klassengröße sollte 25 SchülerInnen nicht übersteigen
- An der Schule sollen alle Entscheidungen paritätisch zwischen Eltern, Lehrern und SchülerInnen gefällt werden.
- Insgesamt soll eine Schule in allen Bereichen geschlechtergerecht organisiert sein (also auch beim Anteil Lehrer/Lehrerinnen, Rektorin/Rektor) und frei von Diskriminierung sowie wirtschaftlichen, politischen und religiösen Zwängen sein.

Unterricht (-sstruktur)

- Es bietet sich an, den Unterricht in Blöcken von zwei Doppelstunden (90 Minuten) zu organisieren
- Unterrichtsblöcke über den Tag gesehen (3 Blöcke Vormittag; 2 Blöcke Nachmittag)
- Mindestens ein Block pro Tag soll praktisch sein (siehe unten)
- Praktische Blöcke sind: Kochen, Textiles Werken, Kunst, Musik, Technik, Sport (3x pro Woche), Darstellendes Spiel und Kreatives Schreiben
- Hausaufgabenbetreuungsblock und Nachhilfeblock
Peerteaching, Betreuung durch ältere MitschülerInnen, LehrerInnen, PädagogInnen, Eltern, Großeltern und Studierende
Hausaufgaben sollen in der Schule in einem gewissen Zeitfenster unter Betreuung gelöst werden, sodass zu Hause nicht mehr für die Schule gelernt werden muss (positiver Effekt: Die Zeit außerhalb der Schule ist tatsächlich schulfrei; SchülerInnen können ihre Bücher in der Schule lassen – alle SchülerInnen sollen ein Schrank/Fach haben). Nachhilfe ist für „schlechte“ zum Nachholen und für „sehr gute“ zum Überspringen
- Ein offener Lern/ Leseraum mit Mediathek (für Hausaufgabenbetreuungsblock und Nachhilfeblock)
- Wahlmöglichkeiten für SchülerInnen AG-Block (z.B. Sportblock: in AG möglich) – gute Schule muss Freiräume geben
- Fächer sollen stark vernetzt sein. Es gibt zentrale Fächer wie (Deutsch, Mathematik, Fremdsprache) und Erweiterungsfächer (Kernfächer, Rahmenfächer, Erweiterungsfächer)
- Lernen soll auch anhand von Projekten stattfinden, die über einen längeren Zeitraum laufen und zum Beispiel auf das direkte Umfeld außerhalb der Schule bzw. auf das direkte Umfeld der Lernenden gerichtet sind.
- Sozialprojekte (je nach Klasse und Altersstufe (Gewalt, Aufklärung,...)) – Werte und soziale Normen vermitteln

„Bewertungssystem“ und Umgang, Entwicklung

- Bewertungssystem ändern, etwa durch individuelle Rückmeldung in Lerntagebüchern; Noten abschaffen
Es kann trotzdem Klausuren mit Punkten oder einer Einschätzung geben; wenn SchülerInnen „schlecht“ abschneiden, dann „müssen“ sie eben in die Nachhilfe gehen (also schuleigene Nachhilfe)
Schriftliche Zeugnisse mit individuellem Fortschritt → Noten evtl erst ab hoher Klasse und wenn dann nicht in Einzelklausuren, sondern für den Gesamteindruck
Insgesamt muss es eine Reflexionsebene geben, bei der Lehrende eine Einschätzung und Orientierung für die Arbeit und Leistung geben.
- Evaluationssystem, um Unterricht zu verbessern
- Abbau von Hierarchien (LehrerInnen sollen sich außerhalb des Unterrichts nicht irgendwo verstecken oder nach Hause gehen, sondern verfügbar sein → schuleigene Arbeitsräume (nicht Riesenlehrerzimmer); angemessene Sitzordnungen (Kreis/U); das „Sie“ abschaffen
- ständiges Abfragen von auswendig gelerntem abschaffen – eher Verständnis schaffen
- Konzept einer demokratischen Schule – man muss sich immer wieder neu hinterfragen und weiter entwickeln; die Schule muss von unten reformiert werden
- Schule muss SchülerInnen auch vor übermotivierten Eltern schützen, Stressabbau für SchülerInnen!
- Kopfnote abschaffen

SchülerInnen

- individuelle Betreuung, Förderung und Unterrichtsbegleitung
- weg von zentralen Lehrplänen hin zu individueller Förderung
- weg von Pflichten hin zum „Wählen“ - Schule muss auch Raum für freie Zeitgestaltung geben
- SchülerInnen sollen sich selbst organisieren in AG's oder SMV ...
- eine Schule muss eine Perspektive bieten (vgl Oberstufe)
- SchülerInnen konsequent in Teams arbeiten lassen

LehrerInnen

- LehrerInnen halten Unterricht nicht alleine sondern zu zweit (im besten Fall ein Lehrer und eine Lehrerin) + Vorbereitung in Gruppen. Das hat den Vorteil, dass die zwei LehrerInnen unterschiedliche Rollen einnehmen können.
- LehrerInnenweiterbildung nach dem Studium verstärken (fachlich, pädagogisch methodisch und didaktisch)
- Unterrichtsmethoden verändern - also breitere Methodenvielfalt - lernen an Projekten
- bessere Verknüpfung zwischen den Fächern (gemeinsame Vorbereitung)
- LehrerInnen müssen SchülerInnen motivieren, ermutigen und unterstützen, Einzelgespräche, Sprechstunden (verfügbar im Hausaufgabenraum)

Beziehung LehrerIn - SchülerIn muss stimmen; das muss auch vermittelt werden; Augenhöhe; Autorität kommt allein vom fachlichen und vorbereitetem Unterricht und Alter

- LehrerInnen Raum geben für eigene Ideen und Projekte
- LehrerInnen müssen sich pro Kind entsprechend Zeit nehmen – angemessene Klassengrößen
- LehrerInnen im Team arbeiten – v.a. LehrerInnen die eine Klassenstufe unterrichten → fächerübergreifender Unterricht
- Nur die qualifiziertesten Menschen sollen LehrerInnen werden können. Eignungstests vor Beginn des Lehramtsstudiums, mehr Praxiszeit während des Studiums. Die Bezahlung muss dem angepasst werden. Das gesellschaftliche Bild der LehrerInnen muss sich ändern.

Eltern

- Beziehung Eltern – Schule (Eltern Sicherheit geben, dass ihr Kind gut aufgehoben ist – ist besonders wichtig, dass SchülerInnen merken, dass die Eltern der Schule vertrauen → Motivation)
- Beteiligung an der Gestaltung des Schullebens, z.B. indem Klassenausflüge von Eltern und nicht ausschließlich von Lehrkräften organisiert werden